Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats frei ins Haus beschränkt Mark 1.15, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 20 — **Dienstag, den 24. Januar 1933** — **88. Jahrgang**

Tagesschau.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag Reichskanzler von Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

* Nach englischen Pressemeldungen wird ein deutsches Kriegsschiffgeschwader im Laufe des Sommers England einen Besuch abstatten.

* Der „Vorwärts" ruft zu einer sozialdemokratischen Massenkundgebung am nächsten Sonntag auf.

* Aus dem Pulverhaus einer Firma in Marburg wurden große Mengen Sprengstoff von unbekannten Tätern gestohlen.

* In der bulgarischen Hafenstadt Mesembria am Schwarzen Meer ist ein Riesenbrand ausgebrochen, der die ganze Stadt mit Vernichtung bedroht.

* In Washington stimmte die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit einem Zusatz zur Verfassung zu, wonach künftig der alte Kongreß nach den Neuwahlen nicht mehr zusammentreten wird.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Koalition oder Staatsnotstand?

Winterlager am Rubikon.

Asf. Berlin, 24. Januar. Wochenlang hat man um eine kurze Vertagung des Reichstages gekämpft, hat gegen- und durcheinander verhandelt, jetzt ist eine knappe Vertagung erreicht und nichts rührt sich, diese kurze Spannung zu nutzen. Hat man kein Gefühl für ihren Wert, ihre Kostbarkeit? Fast scheint es ja. Und ist wohl auch zum guten Teil ja. Die innere Politik ist vollkommen direktions- und führerlos geworden. Man ist im ganzen nur darauf bedacht, daß einem der Gegner nichts antun kann, aber von einer Zusammenarbeit ist man so weit entfernt wie je. Die Regierung verhält sich gegenüber diesem Zustand vollkommen reserviert. Sie tut nichts, um etwas Gestalt in diesen zähen Brei zu bringen.

Am Freitag dieser Woche findet wieder eine Sitzung des Aeltestenrates statt, welche die Tagesordnung für die auf den 31. Januar festgesetzte Reichstagssitzung festsetzen soll. Sie kann aber natürlich ebensogut auch eine neue Vertagung des Reichstages beschließen. Was heraus kommt, wird ganz davon abhängen, ob in dieser Woche Verhandlungen über eine Mehrheitsbildung stattfinden und welches Ergebnis sie haben. Der Zweck der neuen Vertagung war doch, den Parteien Zeit für neue Versuche zu einer Mehrheitsbildung zu geben, die Hitler im November des vorigen Jahres auf Antrag Hindenburgs zusammenbringen sollte. Hitler war es auch, der jetzt auf diesen Gedanken zurückgriff und dafür auch beim Zentrum Verständnis fand. Daß auch diese Partei an einer solchen Lösung interessiert ist, geht aus einer Aeußerung einer Zentrumskorrespondenz hervor, in der es heißt: „Diejenigen, die in diesen damaligen Vorgängen (November 1932) einen schweren Fehler sahen — und wir dürfen doch wohl annehmen, daß darunter auch so mancher Führer der Nationalsozialistischen Partei sich befindet — vergeben sich gar nichts, wenn sie noch einmal eine letzte Chance wahrnehmen. Denn das große Ziel: die Schaffung einer Mehrheit und Notgemeinschaft im Volke und in seiner politischen und parlamentarischen Vertretung rechtfertigt auch heute noch, ja gerade heute die allergrößten Anstrengungen." Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Zentrumsführung nichts unversucht lassen will, zu geregelten parlamentarischen Verhältnissen zurückzukehren. Gelingt das nämlich nicht, so sähen auch, wie wir zu wissen glauben, die Zentrumsführer keinen anderen Ausweg, als den vom Reichskanzler nach unserer Kenntnis schon sehr weit vorbereiteten „Staatsnotstand", der eine längere Vertagung des Reichstages aus der Machtvollkommenheit des Reichspräsidenten bedeuten würde. Freilich ist dabei noch völlig ungewiß, ob Schleicher, auch wenn er etwa, wie man hört, die Freien Gewerkschaften für die Duldung einer solchen außerordentlichen Maßnahme gewonnen hätte, ohne die aktive Unterstützung des Zentrums, das bestimmt nicht über eine Duldung wird hinausgehen wollen, auch wirklich die Zustimmung des Reichspräsidenten zu dieser Durchlöcherung der Verfassung erhalten würde. Immerhin haben sich die vorbereitenden Verhandlungen, die Schleicher in diesen Wochen nach der Richtung hinter den Kulissen betrieben hat, und die weitere Drohung mit der Einberufung des Reichstages durch den Reichspräsidenten auf Grund des Art. 24 und der Auflösung des Reichstages als gute Druckmittel erwiesen.

Angesichts dieser Situation haben die Bemühungen, zwischen den Rechtsparteien eine Einigung herzustellen, so ernsthafte Form angenommen, daß man in den letzten Tagen besonders aus den Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten gewisse Hoffnungen schöpfen zu können glaubte, daß doch noch eine Beichung der Harzburger Front möglich sei. Manche sehen sie sogar schon als Gewißheit an. Man glaubt, durch das Angebot eines auf solcher Grundlage gebildeten Kabinettes Hindenburg doch noch die Zustimmung zu einer Kanzlerschaft Hitlers abgewinnen zu können. Denn das Kanzleramt ist in den Verhandlungen mit Hitler auch vom Führer der Deutschnationalen zugestanden worden. Dafür hat aber Hugenberg für die Vereinigung des Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministeriums zu einem Krisenministerium in seiner Hand so große Vollmachten verlangt, daß Hitler wieder zu zögern begonnen hat. Unseres Wissens möchte Hitler lieber das Zentrum dabei haben, das ja zu einer vollen Mehrheit notwendig wäre. Es geht ihm dabei offenbar um ein Gegengewicht gegen den wirtschaftspolitischen Kurs Hugenbergs, obgleich sich dieser lebhaft bemüht hat, beruhigende Versicherungen in dieser Hinsicht abzugeben. Auch der Stahlhelm will mit von der Partie sein und würde wohl Herrn Seldte oder Herrn von Papen für das Reichswehrministerium anbieten. Es ist nicht zu verkennen, daß man diesen Verhandlungen in der Wilhelmstraße mit einer gewissen Besorgnis gegenübersteht. Denn so viel ist sicher, daß die neue Koalition, wenn sie gelänge, Herrn von Schleicher auf keinen Fall dabei haben möchte. Auch an Dr. Bracht wird neuerdings nicht mehr gedacht.

Einstweilen stehen die Chancen noch sehr hoch für die Regierung Schleicher. Das kann sich allerdings rasch ändern. Selbst wenn die Regierung Schleicher durch diese Woche heil hindurchkommt, so hängt danach für sie alles davon ab, ob sich auch Hindenburg für den Staatsnotstand entscheidet, der jetzt unter Zuziehung des Staatsrechtlers Carl Schmitt mit großem Eifer vorbereitet wird. Nach diesen bisherigen Erfahrungen müßte man eigentlich annehmen, daß der Reichspräsident sich widersetzen wird. Tut er das, so bleibt für Schleicher nur die Fortsetzung der bisherigen Taktik, der Abnutzung der Rechtsopposition durch Neuwahlen und immer neue Wahlen, an deren Ende die Rückkehr der Linken stehen müßte. Daß der bisherige Zustand beibehalten wird, halten wir für unmöglich, denn es ist nachgerade eine allgemeine Ueberzeugung geworden, daß die Regierung sich in diesem Winterlager am Rubikon, dieser Scheinruhestellung im Angesicht der Entscheidung nur halten kann, indem sie allen großen Plänen abschwört und nichts tut. Daß das auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand ist, dürfte wohl auch die Ueberzeugung des Reichskanzlers von Schleicher sein.

Amerikas Einladung an London.

Roosevelt spielt England gegen England aus.

hg. London, 23. Januar. (Eigene Meldung.) Die beiden amerikanischen Staatsoberhäupter, der amtierende Präsident Hoover und der neugewählte Präsident Roosevelt, der am 4. März sein Amt antreten soll, einigten sich, wie bekannt, in ihrer letzten Besprechung dahin, an die englische Regierung eine in herzlichen Worten gehaltene Einladung zu richten, ihre Vertreter nach Washington zu entsenden, um das Kriegsschuldenproblem und darüber hinaus auch andere Fragen, die die Interessen beider Länder berühren, in gemeinsamen Beratungen zu klären. Die englisch-amerikanische Konferenz soll in den ersten Märztagen, also sofort nach dem Einzug Roosevelts in das Weiße Haus, stattfinden. Die englische Presse kündigt an, daß neben dem britischen Schatzkanzler Neville Chamberlain vielleicht auch der Premierminister MacDonald selbst die Reise über den „Großen Teich" antreten wird. Der englische Wirtschaftssachverständige Leith Roß und Sir Warren Fisher, ein hoher Beamter des Schatzamtes, begeben sich schon in den nächsten Tagen nach Washington, um die Arbeiten der Märzkonferenz vorzubereiten.

Die amerikanische Einladung, die auf die Richtlinien der Politik des neuen Herrn des Weißen Hauses ein aufschlußreiches Licht wirft, wurde in den maßgebenden Kreisen Londons mit gewissem Befremden zur Kenntnis genommen. England hat diesen Schachzug Roosevelts mit einem lachenden und einem weinenden Auge aufgenommen.

Der Sinn der Washingtoner Konferenz kann in einem kurzen Satz zusammengefaßt werden: Amerika will England gegen England ausspielen. Die Tatsache allein, daß auf Wunsch Roosevelts nicht nur die Frage der Kriegsschulden, sondern der ganze wirtschaftliche Komplex das Thema der Verhandlungen bilden soll, ist für die Neuorientierung der amerikanischen Politik England und Europa gegenüber bezeichnend.

Grundsätzlich scheint Roosevelt geneigt zu sein, das Kriegsschuldenproblem nach Muster der Lausanner Konferenz zu lösen, d. h. durch Kapitalisierung der Schuldverpflichtung auf einem verhältnismäßig niedrigen, für die Schuldnerländer erträglichen Niveau. Praktisch wird Amerika den Schuldennachlaß von einem weitgehenden Entgegenkommen seiner Schuldner in anderen äußerst wichtigen wirtschafts- und handelspolitischen Fragen abhängig machen. Was insbesondere England anbetrifft, so unterliegt es jetzt schon keinem Zweifel, daß „Onkel Sam" von ihm als Kaufpreis für die Schuldenermäßigung die Rückkehr zum Goldstandard und die Revision der Bestimmungen der Weltreichs-Konferenz in Ottawa verlangen wird.

Man soll sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß trotz aller Freundschaftsbeteuerungen der Konkurrenzkampf zwischen den beiden großen angelsächsischen Mächten mit unverminderter Schärfe weiter vor sich geht. Durch das Washingtoner Flottenabkommen verfolgte Amerika das Ziel, Englands Hegemonie auf dem Atlantik zu brechen und die Möglichkeit einer Blockade der amerikanischen Seehandelsverbindungen für die Zukunft auszuschalten. Denn im Grunde genommen war es die britische Blockade, die Amerika zum Eintritt in den Weltkrieg gezwungen hatte. Eine Wiederholung dieses Spiels wollen die U. S. A. ein für allemal unmöglich machen. Daher das Prinzip der Flottenparität.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat England zwei Waffen in die Hand gegeben, mit denen es bestrebt war, die amerikanische Konkurrenz auf den Weltmärkten wettzumachen. Durch Aufgabe des Goldstandards wurde die englische Industrie in die Lage versetzt, billiger zu produzieren und somit die amerikanische Einfuhr, insbesondere auf den asiatischen, fernöstlichen und südamerikanischen Märkten, erfolgreich zu bekämpfen. In derselben Richtung bewegten sich die Beschlüsse der Ottawa-Konferenz. Durch engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß aller Teile des britischen Weltreichs, sowie durch gegenseitige Präferenzzölle war man bestrebt, den Anteil Amerikas an dem Handel des britischen Weltreiches zugunsten des Mutterlandes zu beschränken. Ein empfindlicher Rückgang der kanadischen Einfuhr aus U. S. A. war die Folge.

Der Tenor der Rooseveltschen Neuorientierung, über die bis jetzt in der ganzen Welt ein Rätselraten geherrscht hatte, offenbart sich nunmehr in dem Versuch, die Kriegsschulden als mächtiges Druckmittel gegen England auszuspielen, um es zur Rückkehr zum Goldstandard und zur Preisgabe mancher für Amerika unerwünschten Ottawa-Beschlüsse zu bewegen. Solange England zur Goldparität nicht zurückkehren will, besteht für die U. S. A. die Gefahr, in den Strudel der um sich greifenden Goldentwertung mit hineingerissen zu werden. Entscheidet sich dagegen England für die Wiedereinführung des Goldstandards, so ist automatisch mit der Festigung der Goldwährung in der ganzen Welt zu rechnen, woran die U. S. A. das größte Interesse haben.

Im Lichte dieser Erwägungen erscheint die bevorstehende amerikanische Konferenz in Washington als Kraftprobe großen Stils zwischen den beiden mächtigen angelsächsischen Ländern. Die englische Exportindustrie wird zweifellos versuchen, eine Einigung auf der Grundlage der Rückkehr zum Goldstandard zu hintertreiben. Das englische Bankkapital und die breiten Schichten der englischen Steuerzahler werden dagegen einen solchen Ausweg befürworten. In diesem Zusammenhange ist es klar, warum die britischen Delegierten die Reise nach Washington mit gemischten Gefühlen antreten werden.

Wieder Abrüstungskonferenz.

Am heutigen Dienstag tritt das Präsidium der Abrüstungskonferenz zu seiner ersten Tagung im neuen Jahre zusammen. Acht Tage später, am 31. Januar, findet die erste Sitzung des Hauptausschusses der Konferenz statt, dem die Beratung der politischen Hauptfragen des Abrüstungsproblems obliegt. Bekanntlich nimmt Deutschland seit dem Zustandekommen der Genfer Dezembervereinbarung über die Gleichberechtigungsfrage wieder an den Beratungen der Abrüstungskonferenz teil. Es wird sich jetzt herausstellen müssen, ob die Mächte gesonnen sind, den Inhalt dieser Vereinbarung loyal durchzuführen, oder ob mit neuen unüberwindlichen Schwierigkeiten für das Zustandekommen einer Abrüstungskonvention gerechnet werden muß.

Präsident Henderson soll inzwischen den Entwurf einer solchen Konvention fertiggestellt haben, es indessen vorläufig ablehnen, ihn der Oeffentlichkeit zu übergeben. Die Engländ-